

DAS MAGAZIN DER GEWERKSCHAFT PRO-GE

Ausgabe 2/2020

# Glück auf!



**45** Jahre  
*sind genug!*

PRO-GE

# EVENTS

exklusiv  
für  
Mitglieder

## WIENER MUSIKVEREIN & WIENER KONZERTHAUS

Ermäßigungen zwischen -10 € und -15 %

Wiens schönste Konzertsäle laden auch in der Saison 2020/21 wieder zu wunderbaren klassischen Abonnementreihen mit vielen neuen Zyklen ein und zeigen die Lebendigkeit des kulturellen Geschehens der Gegenwart. Nähere Details und das jeweilige Konzertprogramm zu den einzelnen Zyklen finden Sie auf [kartenstelle.oegb.at/cult-card](http://kartenstelle.oegb.at/cult-card)

Im **WIENER MUSIKVEREIN** verspricht das vielfältige Programmangebot besondere Höhepunkte, folgende Zyklen stehen mit ermäßigten Preisen zur Auswahl:

- Große Symphonie (5 Konzerte)
- Tonkünstler Abendabonnement Serie A (6 Konzerte)
- Tonkünstler Abendabonnement Serie B (6 Konzerte)
- Tonkünstler Plugged-In (3 Konzerte)
- Goldenes Musikvereins-Abonnement I und II (je 7 Konzerte)
- Meisterinterpreten I, II und III (je 8 Konzerte)
- Soirée musicale (6 Konzerte)
- Concentus Musicus (4 Konzerte)
- Haydn2032 (2 Konzerte)
- Musica Antiqua (4 Konzerte)
- Große Solisten (8 Konzerte)
- Valery-Gergiev-Zyklus (3 Konzerte)
- Max-Müller-Trilogie (3 Konzerte)
- Liederabende (7 Konzerte)
- Wort Musik I (4 Konzerte)
- Philharmonia Schrammeln (4 Konzerte)
- Allegretto Konzertzyklus für Kinder ab 6 Jahren (4 Konzerte)

Die folgenden Abonnementzyklen des **WIENER KONZERTHAUSES** bieten Ihnen in der Saison 2020/21 wieder ein breites Spektrum an musikalischen Genres zu ebenfalls ermäßigten Preisen:

- Matineen der Wiener Symphoniker (7 Konzerte)
- Wiener Symphoniker@7 (4 Konzerte)
- Festkonzerte der Wiener Symphoniker (4 Konzerte)
- Orchester International (9 Konzerte)
- Meisterwerke (6 Konzerte)
- Symphonie Classique B (7 Konzerte)
- Prime Time (3 Konzerte)
- Artemis & Belcea (5 Konzerte)
- Philharmonic Five (3 Konzerte)
- Mittagsmusik (8 Konzerte)
- Klavier im Großen Saal (5 Konzerte)
- Beethovens Klaviersonaten (7 Konzerte)
- Stefan Mickisch (5 Konzerte)
- Jazz (5 Konzerte)
- The Art of Brass (5 Konzerte)
- Wiener Lieder (4 Konzerte)
- Symphonisches Schrammelquintett Wien (4 Konzerte)
- Film + Musik live (4 Konzerte)
- Literatur im Konzerthaus (5 Konzerte)



Alle Vergünstigungen unter: [kartenstelle.oegb.at](http://kartenstelle.oegb.at)





### DAS ALPENWELT RESORT\*\*\*\*S

**Königsleiten**  
[www.alpenwelt.net](http://www.alpenwelt.net)

Als Lifestyle & SPA Resort für Paare und Familien bietet das 4 Sterne Superior Hotel im Bike- & Wanderparadies Nationalpark Hohe Tauern alles, was das Urlaubsherz begehrt!

**TOP-Angebote für den Sommer & Herbst!**

### SELEKTION VINOHEK BURGENLAND



### SELEKTION

#### Vinothek Burgenland

[www.selektion-burgenland.at](http://www.selektion-burgenland.at)

Die Selektion Vinothek Burgenland platziert sich unter den Top 3 und Top 5 im Rahmen der Falstaff-Prämierung.

Wählen Sie aus über 800 burgenländischen Weinen und 140 Winzern. Versandkostenfrei in ganz Österreich!

**-15%**

### KAISERHOF KITZBÜHEL

[www.kitzbuehel.hotel-kaiserhof.at](http://www.kitzbuehel.hotel-kaiserhof.at)

Ihr Herz wird höherschlagen, wenn Sie in wenigen Schritten zur berühmten STREIF oder zur mondänen Kitzbüheler Innenstadt spazieren.

Zu jeder Jahreszeit fasziniert diese echte Landschaft auf ihre ganz eigene kraftvolle Weise.



bis zu  
**-15%**

### AUTOHAUS KEGLOVITS

[www.keglovits.at](http://www.keglovits.at)

#### Werkstatt:

10 % Rabatt auf Arbeitszeit und Ersatzteile

**Neu- und Gebrauchtwagenverkauf:**  
Spezialpreise (Details bei unseren Verkaufsberatern)



**-10%**

### EXKLUSIVE TOP-ANGEBOTE bei HOTEL+

[shop.hotel-plus.info](http://shop.hotel-plus.info)

Genießen Sie einen angenehmen Urlaub und sparen Sie bei Direktbuchung in unseren Partnerhotels.

- Kurzurlaube für 2 Personen
- 3 bzw. 4 Nächte inkl. Verpflegung bis 50 % Rabatt, von Sonntag bis Mittwoch oder Donnerstag

**Hotel+**



**-10%**

### LUCKY FEET Digital Footwear

10 % Rabatt incl. 3D-Fußanalyse, ausgenommen Orthopädie Produkte!

Unsere Lucky Feet Biotech Einlegesohle ist eine auf biomechanischer Basis funktionierende Einlegesohle zur Vorbeugung von Fußfehlstellungen & Gelenkschmerzen und zur Unterstützung des gesamten Stütz- und Laufapparates.

bis zu  
**-50%**

Alle Vergünstigungen unter: [preisvorteil.proge.at](http://preisvorteil.proge.at)

# Inhalt



Foto: Pixabay

## „HACKLERREGELUNG“ MUSS BLEIBEN

Wer 45 Jahre lang gearbeitet hat, kann ohne Abschläge in Pension gehen: Zumindest der türkise Teil der Regierung hätte diese Regelung am liebsten noch vor Inkrafttreten am 1. Jänner wieder abgeschafft. Für die PRO-GE steht hingegen fest: Die „Hacklerregelung Neu“ ist nicht nur gerecht und leistbar, sie sollte auch auf jene ausgedehnt werden, die schon vor Jahresbeginn in Pension waren. Hilf mit, die abschlagsfreie Pension nach 45 Jahren zu verteidigen: mit deiner Unterschrift für die Petition „45 Jahre sind genug!“

Seiten 6 bis 9

### Kommentar

Rainer Wimmer fordert Geld und Tempo bei der Krisenbekämpfung ..... Seite 5

### Schlachthöfe

COVID-19-Fälle rücken die Arbeitsbedingungen in den Fokus ..... Seite 10

### Gemüseanbau

PRO-GE Tirol kritisiert Preispolitik des Lebensmittelhandels ..... Seite 11

### Frühjahrslohnrunde 2020

Schwierige KV-Verhandlungen im Schatten der Corona-Krise .... Seiten 12 und 13

### Lehrstellen

Die PRO-GE Jugend warnt vor einer „verlorenen Generation“ ..... Seite 15

### Kinderarbeit

Die Schokobranche hat die selbst gestellte Frist verschlafen ... Seiten 16 und 17

### Arbeitsplatzsicherung

In Österreich und europaweit: mit Kurzarbeit durch die Krise .... Seiten 18 und 19

### Leiharbeit

Kritik am Missbrauch von „einvernehmlichen Auflösungen“ ..... Seite 20

### Krisenbekämpfung

Frauen dürfen bei Konjunkturpaketen nicht zu kurz kommen ..... Seite 21

### Preisrätsel und Cartoon

..... Seite 23

## Zahl des Monats

# 517.221

Um 50 Prozent ist die Zahl der Arbeitslosen gegenüber dem Vorjahr gestiegen, 517.221 Personen waren Ende Mai beim AMS gemeldet. Die Regierung hat eine einmalige 450-Euro-Aufstockung zum Arbeitslosengeld angekündigt. Aus Sicht der PRO-GE ist das nicht mehr als ein Tropfen auf dem heißen Stein. Für eine langfristige Absicherung braucht es eine Erhöhung des Arbeitslosengeldes von 55 auf 70 Prozent Nettoersatzrate. Und um den stärksten Wirtschaftseinbruch der Zweiten Republik wirksam zu bekämpfen, ist noch einmal deutlich mehr notwendig – zum Beispiel ein Vorziehen der gesamten Lohnsteuerreform, inklusive einer Aufstockung auf ein Volumen von fünf Milliarden. Und auch Personen mit großen Vermögen sollen angemessen zur Krisenbewältigung beitragen. Wer sich Großspenden an die ÖVP leisten kann, kann auch in die soziale Sicherheit des Landes investieren.

### IMPRESSUM:

Glück auf! – Zeitschrift für Mitglieder der Gewerkschaft PRO-GE. ZVR-Nr.: 576439352. DVR-Nr.: 0046655. Herausgeber: Österreichischer Gewerkschaftsbund, Gewerkschaft PRO-GE, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, (01) 534 44-69. Medieninhaber: Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1; Tel.: (01) 662 32 96-0, Fax: (01) 662 32 96-39793, E-Mail: zeitschriften@oegbverlag.at, www.oegbverlag.at. Leitung: Mathias Beer. Chef vom Dienst: Wolfgang Purer. Redaktion (glueckauf@proge.at): Barbara Trautendorfer, Wolfgang Purer, Karin Prokop, Sabine Weinberger, Mathias Beer. Grafik & Layout: Peter-Paul Waltenberger, Julian Janits. Fotos: PRO-GE, Lisa Lux, Christian Redtenbacher, Adobe Stock, Sezoneri/Flavia Matei, Südwind/Christina Schröder, Fairtrade/Sean Hawkey, ÖGB. Cartoon: Bulcartoons. Hersteller: Walstead Leykam Druck GmbH & Co KG, 7201 Neudorf, Bickfordstraße 1. Redaktionsschluss der folgenden Ausgabe: 25. September 2020.

## KURZ NOTIERT

### ErntehelferInnen: Lohn- und Sozialdumping aufgedeckt



Schwere arbeitsrechtliche Verstöße hat die von der PRO-GE unterstützte Sezonieri-Kampagne bei einem Gemüsebauern in Niederösterreich aufgedeckt. 14 bis 15 Stunden am Tag arbeiteten die ErntearbeiterInnen dort für einen Stundenlohn von 4 Euro und damit weit unter dem Kollektivvertrag. Bei der Unterbringung mussten sich bis zu acht Personen unter katastrophalen hygienischen Bedingungen ein Zimmer teilen – dafür wurden dann noch 4 Euro pro Nacht vom Lohn abgezogen.

[sezonieri.at](http://sezonieri.at)

### Ritter kauft Mars-Werk in Breitenbrunn

Der Beschluss von Mars, die Süßwarenproduktion in Breitenbrunn zu schließen, ist zwar bedauerlich, da aber mit Ritter ein Käufer gefunden wurde, bleibt ein für die Region wichtiger Standort erhalten. PRO-GE Branchensekretär Gerhard Riess hofft, dass viele der erfahrenen ArbeiterInnen des Werks auch von Ritter ein gutes Angebot erhalten. Deutsche Gewerkschaften berichten positiv über die Zusammenarbeit. „Wir hoffen daher auch hier auf eine gute Gesprächsbasis mit der Firma“, so Riess.

### Steuereinnahmen dramatisch gesunken

Die Folgen der Corona-Krise werden immer deutlicher. Um 2,2 Milliarden Euro nahm der Staat im April weniger ein als im Vergleichsmonat 2019. Zwar sind die Lohnsteuereinnahmen infolge der Kurzarbeit nicht so dramatisch gesunken, allerdings brach die Umsatzsteuer aufgrund geschlossener Geschäfte um 600 Millionen Euro ein.



### Rückgang bei Leiharbeit um fast 30 Prozent



Im Vergleich zum Vorjahresmonat April 2019 sind um 28,3 Prozent weniger LeiharbeiterInnen in Beschäftigung. Aktuell haben 67.808 MitarbeiterInnen in der Arbeitskräfteüberlassung einen Arbeitsplatz. PRO-GE Mitglieder aufgepasst: Alle, die Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung aus dem Sozial- und Weiterbildungsfonds haben, erhalten von der PRO-GE die Gewerkschaftliche

Soforthilfe. Die PRO-GE zahlt ihren Mitgliedern die Unterstützung sofort in bar aus und übernimmt die Antragstellung.

[www.leiharbeiter.at](http://www.leiharbeiter.at)



Rainer Wimmer,  
Bundesvorsitzender  
der PRO-GE

## JETZT UM JEDE LEHRSTELLE KÄMPFEN!

**Die PRO-GE fordert mehr Tempo und mehr Geld von der Regierung gegen die Auswirkungen des Corona-Stillstandes. Es darf keine verlorene Generation geben.**

Die Rekordarbeitslosenzahlen sind die übelsten Auswirkungen der Corona-Maßnahmen und für jene Menschen, die betroffen sind, verheerend. Darum sollte unsere Forderung nach Erhöhung des Arbeitslosengeldes von derzeit 55 auf mindestens 70 Prozent der Nettoersatzrate längst von der Bundesregierung umgesetzt sein. Sie ist es leider immer noch nicht. Die türkis-grüne Koalition lässt einmal mehr jedes Engagement für ArbeitnehmerInnen vermissen.

Österreich muss jetzt handeln, und zwar mit allen verfügbaren Mitteln. Es handelt sich nämlich nicht nur um das starke Ansteigen der Arbeitslosigkeit seit dem Corona-Lockdown, sondern gleichzeitig auch um eine massive Verringerung der offenen Stellen. Besonders betroffen sind zwei Gruppen: ältere ArbeitnehmerInnen, die schlechtere Chancen auf einen Wiedereinstieg haben, und junge Menschen, die sich schwertun, eine Lehrstelle zu finden. Schon im April war die Zahl der Lehrstellensuchenden doppelt so groß wie die der offenen Lehrstellen. Bald kommt ein ganzer Jahrgang dazu und die dramatische Situation wird sich im Herbst noch verschärfen.

Eines ist klar: Wir erleben keine normale Arbeitsmarktlaute, sondern den gravierendsten Einbruch seit Jahrzehnten. Wir müssen daher alles tun, um den Menschen und vor allem der Jugend eine Perspektive zu geben – ob Not-Ausbildungsfonds oder Aufstockung der Ausbildungsplätze im staatlichen und staatsnahen Bereich. Es darf keinen Jahrgang geben, der auf der Straße steht. Wir müssen jetzt um jede Lehrstelle und jeden Arbeitsplatz kämpfen.

Glück auf!



# 45 Ja sin

**Seit 1. Jänner 2020 ist es wieder möglich, nach 45 Arbeitsjahren abschlagsfrei in Pension zu gehen. Dafür hat sich die Gewerkschaft PRO-GE eingesetzt. Nun gilt es, diesen Erfolg zu verteidigen!**

**Seit** dem Ausbruch der Corona-Pandemie ist die politische Diskussion rund um die abschlagsfreie Pension – die sogenannte „Hacklerregelung Neu“ – still geworden. Das bedeutet aber nicht, dass die im September 2019 im Parlament beschlossene Neuregelung auch für künftige Jahrgänge abgesichert ist. Vor Corona hat sich die türkis-grüne Regierung nicht mit Kritik an der Hacklerregelung zurückgehalten. Bereits am 7. Jänner – dem Tag der Angelobung der türkis-grünen Regierung – hat Bundeskanzler Sebastian Kurz angekündigt, die abschlagsfreie Pension

„reparieren“ zu wollen. Auch vom Koalitionspartner, den Grünen, kam keine Distanzierung von den Aussagen des Kanzlers. Sozialminister Rudolf Anschöber hat lediglich auf die Alterssicherungskommission verwiesen, die Ende März ein Gutachten zur Finanzierbarkeit des Pensionssystems vorlegen sollte. Die Alterssicherungskommission hat nun Anfang Juni getagt und festgehalten, dass man die Hacklerregelung erst nach Ablauf dieses Jahres bewerten will. Ein klares Bekenntnis von politischer Seite zur Beibehaltung der abschlagsfreien Pension fehlt aber bis dato.

**Unterstütze auch du mit deiner Unterschrift!**



# h re d genug!

**Gemeinsam kämpfen.** Die PRO-GE hat deshalb eine Kampagne gestartet, um Druck auf die politischen EntscheidungsträgerInnen aufzubauen. Zum einen soll gezeigt werden, dass hinter jedem Menschen, der die abschlagsfreie Pension in Anspruch nimmt, eine Geschichte steht. Viele haben mit 62 bereits mehr als 45 Jahre ins Pensionssystem eingezahlt, fühlen sich den körperlichen und psychischen Belastungen des Berufslebens immer weniger gewachsen und wollen ihren Ruhestand genießen, ohne mit Abschlägen bestraft zu werden. Zum anderen soll mittels einer Petiti-

on darauf aufmerksam gemacht werden, dass die Beibehaltung der Hacklerregelung vielen ein Anliegen ist.

**Bestehende Pensionen einbeziehen.** Mehr noch: Die PRO-GE setzt sich dafür ein, dass die bestehenden Lücken – die fehlende Anrechnung des Zivil- bzw. Präsenzdienstes, die rückwirkende Geltung für die Jahrgänge 1954 bis 1957 sowie die Geltung für alle unselbstständig Beschäftigten – beseitigt werden.

**Gerecht und leistbar.** In der Debatte um die abschlagsfreie Pension wurden viele

Argumente auf den Tisch gelegt, um die Neuregelung in Misskredit zu bringen. Mit der Kampagne will die PRO-GE auch aufklären und zeigen, dass die Hacklerregelung leistbar, sozial ausgewogen und vor allem eine Sache des Respekts gegenüber jenen Menschen ist, die fast ihr ganzes Leben lang gearbeitet und ins Pensionssystem eingezahlt haben. Daher beantwortet die „Glück auf!“ die wichtigsten Fragen rund um die abschlagsfreie Pension.

### Ist die Hacklerregelung zu teuer?

Nein! Derzeit liegen nur Schätzungen über die Kosten der kommenden Jahre vor. Die Zahlen reichen von Mehrkosten von 26 Millionen pro Jahr bis hin zu 70 Millionen. Zum Vergleich: Im Jahr 2018 hat die Pensionsversicherungsanstalt (PVA) 32 Milliarden Euro an Pensionsaufwendungen ausgewiesen. Selbst wenn die höheren Schätzungen eintreffen, liegt man noch immer im Promille-Bereich der gesamten Pensionskosten. Darüber hinaus verzichtet die Regierung leichtfertig auf Steuern, die bisher vor allem von wohlhabenden Personen bezahlt wurden. So wurde

die Schaumweinsteuer abgeschafft und künftig werden Geschäftsessen steuerlich absetzbar sein. Auch ist noch immer die Senkung der Körperschaftssteuer auf 21 Prozent geplant. Von dieser Senkung werden vor allem große Konzerne profitieren und dem Budget entgehen so 1,5 Milliarden Euro.

### Wird die abschlagsfreie Pension das Pensionsantrittsalter senken?

Einige, die 45 Arbeitsjahre erreicht haben und 62 Jahre alt sind, werden möglicherweise früher als geplant ihre Pension antreten. Demgegenüber stehen aber auch Warteeffekte. Daten der PVA

für das 1. Quartal 2020 belegen das: Von den 3.943 Neuzugängen in die abschlagsfreie vorzeitige Alterspension haben 764 Personen ihren Stichtag verschoben. Das bedeutet: Um die notwendigen 540 Beitragsmonate zu erreichen und Abschläge zu vermeiden, haben 20 Prozent der Betroffenen länger gearbeitet und sind später in Pension gegangen!

### Warum gilt die abschlagsfreie Pension nicht für Frauen?

Es ist richtig, dass derzeit nur Männer die Hacklerregelung in Anspruch nehmen können, da Frauen bereits jetzt mit 60 abschlagsfrei in Pension gehen können. Aber bereits in wenigen Jahren wird die abschlagsfreie Pension auch Frauen Vorteile bringen. Die Anpassung des Frauenpensionsalters an das der Männer beginnt schrittweise mit dem Jahr 2024, im Jahr 2033 soll sie abgeschlossen sein. Diese schrittweise Anpassung trifft alle Frauen, die nach dem 2.12.1963 geboren sind, Frauen, die ab dem 2.6.1968 zur Welt gekommen sind, haben bereits das gleiche Regelpensionsalter wie Männer. Um Benachteiligungen zu vermeiden, wurde vorausschauend festgelegt, dass für die abschlagsfreie Pension auch Kindererziehungszeiten im Ausmaß von bis zu fünf Jahren bzw. 60 Monaten angerechnet werden.

### Warum wird der Präsenz- bzw. Zivildienst nicht angerechnet?

Im freien Spiel der parlamentarischen Kräfte ist es nur gelungen, eine Mehrheit für die Einführung der Hacklerregelung zu erzielen. Alle weiteren Anträge wurden abgelehnt. Vonseiten der Sozialdemokratischen Fraktion werden seither immer wieder Anträge ins Parlament eingebracht, um die bestehenden Lücken zu schließen. Von der türkis-grünen Regierungsmehrheit werden diese jedoch bis dato blockiert.



#### Johann Gschwandtner, Salzburg

Ich begann meine Lehre als Betriebsschlosser 1974 im Eisenwerk Sulzau-Werfen. Nach Abschluss meiner Lehrzeit und sechs Monaten Bundesheer begann ich meine Arbeit wieder im Eisenwerk. Ich wurde als Schweißer eingesetzt und bin es noch immer. Mehr als 40 Jahre schweißen mit Belastungen wie Schweißrauch, UV-Strahlung und Dämpfe waren trotzdem für die Schwerarbeitspension zu wenig. Ich werde heuer 62 Jahre alt. Bis zu meinem Stichtag für einen Pensionsantritt am 1. Jänner 2021 habe ich dann insgesamt 46 Jahre und sechs Monate gearbeitet. Trotz meiner vielen Arbeitsjahre musste ich mit der alten Pensionsregelung aber 12,6 Prozent Abschläge hinnehmen. Diese Bestrafung mit Abschlägen für ein Leben voller Arbeit empfinde ich als ungerecht. Das ist nun vorbei – aber hoffentlich bleibt es auch dabei. Durch die Abschaffung der Abschläge habe ich 270 Euro netto mehr Pension. Ich bin daher überzeugt, dass das Pensionsantrittsalter sogar steigen wird, weil viele weiterarbeiten werden, bis sie abschlagsfrei in Pension gehen können.

**Unterstütze auch du mit deiner Unterschrift!**

**Heinz Reichenpfader, Wien**

Ich bin seit 1. Jänner in Pension. Dank der Gewerkschaft ohne Abschläge. Das bedeutet für mich 250 Euro netto mehr im Monat. Ich habe insgesamt 550 Beitragsmonate geleistet, auch weil ich das Glück hatte, nie arbeitslos zu sein. Ich habe eine Lehre als Feinmechaniker in einem Wiener Elektrobetrieb absolviert. Seit 1981 war ich bei Opel in Aspern als Feinmesstechniker beschäftigt. Insgesamt war ich fast 30 Jahre im Schichtdienst, und je älter man wird, hat das natürlich Auswirkungen auf den Körper. Jetzt kann ich mir die Zeit einteilen, diese mit meiner Familie verbringen und mir auch meine Hobbys leisten.

Ich finde, dass es nach 45 Jahren Arbeit möglich sein sollte, in Pension zu gehen. Die Abschläge waren ungerecht und sind es immer noch für viele Kollegen, die vor 2020 in Pension gegangen sind. Wer 45 Jahre gearbeitet und Beiträge geleistet hat, darf nicht bestraft werden!

**Warum gilt die „Hacklerregelung Neu“ nicht für die, die bereits mit Abschlägen in Pension gegangen sind?**

Die PRO-GE will die rückwirkende Geltung für die Jahrgänge 1954 bis 1957. Doch auch hier muss auf die türkis-grüne Regierungsmehrheit verwiesen werden, die dies im Parlament verhindert.

**Ich bin jung und gar nicht sicher, ob ich jemals von der Hacklerregelung profitiere. Warum soll ich mich solidarisch zeigen?**

Lassen wir nicht zu, dass eine Neiddebatte auf dem Rücken der ArbeitnehmerInnen ausgetragen wird. Niemand kann wollen, dass Menschen nach einem arbeitsreichen Leben mit Ab-

schlägen bestraft werden. Was jetzt die Diskussion um die abschlagsfreie Pension ist, kann morgen schon die Debatte um andere Rechte sein, die für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erkämpft wurden. Nur wenn sich möglichst viele solidarisch zeigen, wird es gelingen, Verschlechterungen für die ArbeitnehmerInnen zu verhindern.

**Günther Feichtner, Oberösterreich**

Am 9. April 1958 erblickte ich das Licht der Welt. Mit 15 Jahren begann ich zu arbeiten. Mein Arbeitsleben hat bis jetzt 47 Jahre gedauert, die letzten 40 Arbeitsjahre habe ich in einer metallverarbeitenden Firma im Innviertel verbracht. Ich war in der Löterei beschäftigt und habe auch viele Jahre in der zweiten und dritten Schicht gearbeitet. Die Arbeit war nicht leicht, trotz allem habe ich gerne im Unternehmen gearbeitet, sonst wäre ich nicht 40 Jahre geblieben.

Ich bin der Meinung, nach 47 Jahren Arbeit und Pensionsbeiträgen habe ich es verdient, abschlagsfrei in die Pension gehen zu können. Bei meinem Pensionsantritt bin ich 62 Jahre und möchte gesund bleiben und meine Zeit mit Familie, Freunden und Hobbys verbringen. Ich wünsche mir das auch für meine Kollegen und Kolleginnen, dass sie nach einem arbeitsreichen Leben in eine Pension ohne Abschläge gehen können. Nach dem Motto: „45 Jahre sind genug!“

Broschüre nennt Forderungen

## Diskriminierung von LGBTQI-ArbeitnehmerInnen

Vor allem in Brasilien, Ungarn, der Türkei und den USA seien LGBTQI-ArbeitnehmerInnen während der COVID-19-Pandemie zunehmend von Gewalt, Diskriminierung und Belästigung betroffen. Dieser Anstieg wurde bei einem Online-Treffen der Lenkungsgruppe LGBTQI-ArbeitnehmerInnen innerhalb des Weltgewerkschaftsdachverbandes IUL Mitte Mai von den TeilnehmerInnen thematisiert. Da aufgrund von COVID-19-Maßnahmen weltweit fast alle Pride-Aktivitäten abgesagt wurden, ist es gerade jetzt besonders wichtig, auf die Rechte von LGBTQI-ArbeitnehmerInnen hinzuweisen. Forderungen für LGBTQI-Beschäftigte gibt es auf [proge.at](http://proge.at)



Ländervergleich

## Probleme in den Schlachthöfen



Die COVID-19-Fälle in deutschen und holländischen Schlachthöfen rücken den Fokus auf die teils katastrophalen Arbeitsbedingungen dort. Auch wenn sie kein Vergleich zu den Bedingungen in Österreich sind, gibt es auch hierzulande Probleme. In Österreich sind rund 12.000 ArbeiterInnen in der Fleischwirtschaft tätig. „Unsere größten Schlachtbetriebe mit mehreren Hundert MitarbeiterInnen wären in Deutschland Kleinbetriebe“, verdeutlicht Erwin Kinslechner, Branchensekretär der PRO-GE, die Unterschiede.

Auch von den Arbeitsbedingungen sind unsere Betriebe nicht mit jenen in Deutschland vergleichbar. „Bei uns gibt es einen Kollektivvertrag mit Mindeststandards, die größtenteils auch eingehalten werden“, so Kinslechner und erzählt weiter: „Probleme gibt es häufiger in Betrieben ohne Betriebsrat. Da werden Zuschläge nicht ausbezahlt, generell falsche Stundenlöhne bezahlt oder jene Leute schnell ersetzt, die sich etwa eine Betriebsrats Tätigkeit vorstellen könnten.“ Allerdings sei es schwierig, dem beizukommen, denn: „Wo kein Kläger, da kein Richter“, so der Gewerkschafter.

## BUCHTIPP & RÄTSELPREIS

### 102 GRÜNE KARTEN ZUR RETTUNG DER WELT

Auf einen Blick wird klar, wie dramatisch der Zustand der Erde ist – aber auch, wie leicht es wäre, ihn zu verbessern. Wie viele Bäume gibt es pro Mensch? Und wie viel der Erdoberfläche ist zubetoniert? Fliegen oder nicht? SUV oder E-Scooter? Papier oder Plastik? E-Book oder Printausgabe? Und überhaupt: Bestimmt jede/r Einzelne über die Zukunft der Welt, oder ist vor allem die Politik gefordert? Antworten auf diese und viele andere Fragen finden sich in den erschreckenden, erhellenden und Mut machenden Karten des Magazins KATAPULT.

Verlag: Suhrkamp, 2020, 203 Seiten, ISBN: 978-3-518-47083-1

Bestellmöglichkeit unter: [www.besserewelt.at](http://www.besserewelt.at)

**Rätselpreis:**  
Wir verlosen drei Exemplare auf Seite 23!

Gewerkschaftspioniere

## 90. Todestag Franz Domes

1863 geboren, lernte Franz Domes Schlosser. Er engagierte sich früh in der Gewerkschaftsbewegung und war Mitbegründer und später Obmann des Metallarbeiterverbandes. Außerdem war er der erste Präsident der 1920 errichteten Arbeiterkammer für Wien. Im gleichen Jahr zog er als Abgeordneter in den Nationalrat ein. Nach dem Ersten Weltkrieg gab es praktisch keine größere gewerkschaftliche oder politische Entscheidung, an der Franz Domes nicht mitgewirkt hätte. Zu diesen gehörte etwa das Achtstundentagsgesetz (1919), das Betriebsräte- und Arbeiterurlaubsgesetz und das Arbeiterkammer- und Arbeitslosenversicherungsgesetz (1920). Domes war einer der großen Gewerkschafter Österreichs in der Ersten Republik. Er verstarb am 11. Juli 1930.



Ökologisch reicht nicht

# PRO-GE Tirol fordert Umdenken beim Gemüseanbau

**Auch so könnte Landwirtschaft ausschauen: gute Arbeitsbedingungen für ArbeitnehmerInnen, ein Mindestverdienst für Landwirte, klare Regelungen bei Verkaufspreisen gegenüber dem Lebensmittelhandel und garantierte, faire Endproduktpreise für KonsumentInnen.**

„**Ökologisch** alleine reicht schon lang nicht mehr, wir müssen hin zu einem sozioökologischen Anbau unseres Gemüses!“, fordert Bernhard Höfler von der PRO-GE Tirol. Derzeit stehe Profit eindeutig vor gesellschaftlichen Interessen. „Wenn man in die Bauernschaft Reinhört und vonseiten ihrer Interessenvertretung bestätigt bekommt, dass die Verkaufspreise gegenüber dem Handel bei 80 bis 85 Cent pro Bund beispielsweise für Jungzwiebeln oder Radieschen völlig normal sind, sich die Verkaufspreise im Handel gleichzeitig auf circa 1,40 bis 1,50 Euro belaufen, wird offensichtlich, dass da was nicht stimmt“, kritisiert Höfler. Schlussendlich Sorge der Handel mit seiner Preispolitik dafür, dass ErntehelferInnen unter miserablen Arbeitsbedingungen schufteten müssten. Er ortet einen „Dagobert-Duck-Stil“: „Hauptsache, die Marge zwischen Einkauf und Verkauf stimmt!“

**Verfehlte Förderpolitik.** „Viele Bauern sind mittlerweile gezwungen, ihrer Tätigkeit nur mehr im Nebenerwerb nachzugehen, weil sie andernfalls nicht über die Runden kommen“, so Höfler. Hier versage auch die Förderpolitik. Die Landwirtschaft erhält in Österreich die meisten EU-Mittel. 4,85 Milliarden fließen als Direktzahlungen an den Landwirtschaftsfonds und 3,9 Milliarden Euro für ländliche Entwicklung. Diese Mittel stehen schon länger in der Kritik, weil sie sich allein an der Größe von Agrarflächen bemessen und kaum an Umweltauflagen geknüpft sind. Kleine LandwirtInnen schauen meist durch die Finger. Bis dato scheiterte eine Umverteilung und treffsichere Agrarförderungspolitik an dem Veto der AgrarministerInnen aus den Mitgliedstaaten. 20 Prozent der großen Betriebe erhalten 80 Prozent des Agrarbudgets.

**Transparente, regulierte Preispolitik.** „Aus diesem Grund können wir nicht von Nachhaltigkeit sprechen, wenn hier nicht endlich eine klare, transparente, regulierte Preispolitik vonseiten des Staates gemacht wird. Wir



**Die Arbeitsbedingungen von ErntehelferInnen sorgen immer wieder für massive Kritik.**

müssen die lokale Lebensmittelversorgung forcieren, Nachhaltigkeit und Qualitätskriterien müssen entscheidend werden. Arbeitsbedingungen und Produktionsweisen sollen als fixe Bestandteile gelten, der Handel als größter Abnehmer hat verpflichtend diese Kriterien samt fixen Preisen einzuhalten“, so Höfler. Zudem müsse gewährleistet werden, dass diese lokalen Produkte tatsächlich zu den Menschen gelangen. Dazu brauche es alltagstaugliche Strukturen von Märkten mit heimischen ProduzentInnen (Foodcoops) bis hin zum Biokisterl, das direkt vor die Haustüre geliefert wird.

Frühjahrslohnrunde 2020

# Kaufkraft erhalten, Arbeitsplätze sichern

**Die Corona-Pandemie machte die Verhandlungen nicht nur organisatorisch schwierig. Auch die wirtschaftliche Entwicklung warf düstere Schatten auf die Verhandlungen.**

**Nachdem** alle Kollektivvertragsverhandlungen Corona-bedingt wochenlang auf Eis lagen, konnte am 19. Mai für die rund 50.000 Beschäftigten der Elektro- und Elektronikindustrie (EEI) ein Krisenabschluss erzielt werden. KV- und Ist-Löhne wurden rückwirkend mit 1. Mai um 1,6 Prozent erhöht. Zusätzlich erhalten alle Beschäftigten für ihren besonderen Einsatz und die besondere Arbeitsbelastung während der COVID-19-Pandemie einmalig eine Corona-Prämie in Höhe von mindestens 150 Euro. „Jeder Euro mehr im Geldbörstel der ArbeitnehmerInnen hat in dieser wirtschaftlichen Ausnahmesituation enorme Wichtigkeit. Daher soll die verein-

barte Corona-Prämie direkt und steuerfrei an alle Beschäftigten der Elektro- und Elektronikindustrie ausbezahlt werden. Das stärkt die Kaufkraft der ArbeitnehmerInnen und hilft damit der heimischen Konjunktur“, zieht PRO-GE Verhandlungsleiter Rainer Wimmer Bilanz.

**„Corona-Zulagen“ auch in Textil- und Papierindustrie.** Für ebenfalls 1,6 Prozent mehr Lohn sorgen die KV-Verhandlungen für die Beschäftigten der Textilindustrie und der Papier- und Pappeverarbeitenden Industrie, die beide in der ersten Juni-Woche abgeschlossen werden konnten. Wie in der EEI wird auch in der Textilindustrie eine steuerfreie Corona-Zulage ausbezahlt. In der Papierindustrie erhalten die Mitarbeiterinnen

und Mitarbeiter sogar 460 Euro, mit einer Empfehlung, diese bei besonders hoher Belastung und zusätzlich hoher Auslastung bis auf 760 Euro zu erhöhen. „Trotz der außergewöhnlichen Situation ist es gelungen, einen Abschluss zu erreichen, der zur Einkommenssicherung und dem Kaufkrafterhalt beiträgt“, so Hubert Gangl, Vorsitzender des Bundesbranchenausschusses Papier in der PRO-GE. „Ziel der konstruktiven sozialpartnerschaftlichen Verhandlungen war es, den Fortbestand der Arbeitsplätze zu sichern.“

## Textilindustrie:

- KV-Löhne +1,6 Prozent ab 1.6.2020
- Neuer Mindestlohn: 1.524,00 Euro
- Ist-Löhne +1,6 Prozent ab 1.6.2020
- Lehrlingsentschädigungen +1,6 Prozent
- 150 Euro einmalige „Corona-Zulage“: Auszahlung bis spätestens 30. September 2020
- Aufwandsentschädigungen +1,6 Prozent
- Geltungstermin: 1. April 2020
- Laufzeit: 12 Monate

## AKTUELLE KOLLEKTIVVERTRAGSABSCHLÜSSE

### Ab 1. Jänner:

**Alkoholfreie Erfrischungsgetränkeindustrie:** KV-Löhne +2,3 Prozent, neuer Mindestlohn 1.821,97 Euro, Dienstalterszulagen bis zu +3,7 Prozent; Lehrlingsentschädigungen +2,3 Prozent; Verkaufsprovisionen +2,3 Prozent, Zehrgelder +1,5 Prozent; euromäßige Überzahlungen bleiben voll aufrecht

**Arbeitskräfteüberlassung:** KV-Löhne durchschnittlich +2,57 Prozent, neuer Mindestlohn 1.739,29 Euro; Überzahlung des Grundlohnes bleibt aufrecht; verbesserte Regelungen bei flexibler Arbeitszeit im Beschäftigterbetrieb und beim Verbrauch von Zeitguthaben

**Essig-, Essenzen- und Spirituosenindustrie:** KV-Löhne +2,3 Prozent, neuer Mindestlohn 1.697,31 Euro, Dienstalterszulagen bis zu +4,9 Prozent; Lehrlingsentschädigungen +2,3 Prozent; Zehrgelder +2,3 Prozent; Überzahlungen bleiben voll aufrecht

**Essig-, Essenzen- und Spirituosenindustrie:** KV-Löhne +2,37 Prozent, neuer Mindestlohn 1.588,65 Euro

**Kohlensäuregetränkewerbe:** KV-Löhne +2,37 Prozent, neuer Mindestlohn 1.744,19 Euro; Dienstalterszulagen +1 Cent/Stunde; Lehrlingsentschädigungen +2,37 Prozent; Zehrgelder +2,37 Prozent; euromäßige Überzahlung bleibt voll aufrecht

**Obst-, Gemüseveredelungs- und Tiefkühlindustrie:** KV-Löhne +2,3 Prozent, neuer Mindestlohn 1.763,52 Euro, Dienstalterszulage im Durchschnitt +7,8 Prozent (Gesamtabschluss entspricht +2,35 Prozent), Erhöhung der Zehrgelder um 2,3 Prozent; Begünstigungsklausel für die Beibehaltung bei Überzahlung Lehrlingsentschädigungen +2,4 Prozent, 3 Lerntage für Lehrlinge vor der Lehrabschlussprüfung

**Obst-, Gemüseveredelungs- und Tiefkühlgewerbe:** KV-Löhne durchschnittlich +2,36 Prozent, neuer Mindestlohn 1.600,00 Euro, überdurchschnittliche Erhöhung der DAZ nach dem vollendeten 3. Dienstjahr; Lehrlingsentschädigungen durchschnittlich +2,36 Prozent, Einführung einer Lehrlingsentschädigung für das 3. Lehrjahr; Begünstigungsklausel für die Beibehaltung bei Überzahlung

### Glashütten: 24. und 31.12. arbeitsfrei.

Abgeschlossen sind auch die diesjährigen Kollektivvertragsverhandlungen für die Beschäftigten der österreichischen Glashüttenindustrie. Sowohl die kollektivvertraglichen Mindestlöhne als auch die Ist-Löhne werden um 1,4 Prozent angehoben. Weiters sind der 24. und 31. Dezember künftig unter Entgeltfortzahlung arbeitsfrei, was umgerechnet weiteren 0,4 Prozent Lohnerhöhung entspricht. Noch keine Einigung lag zur Drucklegung dieser Ausgabe der „Glück auf!“ in der Chemischen Industrie vor, wo die Arbeitgeber trotz mittlerweile vier Verhandlungsrunden inklusive Protestaktionen in den Betrieben und Betriebsversammlungen noch kein akzeptables Angebot gelegt hatten.



#### Glashüttenindustrie:

- KV-Löhne +1,4 Prozent
- Neuer Mindestlohn: 1.863,37 Euro
- Ist-Löhne +1,4 Prozent
- Lehrlingsentschädigungen +1,4 Prozent
- Zulagen und Reiseaufwandsentschädigungen +1,4 Prozent
- 24. Dezember sowie 31. Dezember sind unter Entgeltfortzahlung ab sofort arbeitsfrei
- Geltungstermin: 1. Juni 2020
- Laufzeit: 12 Monate

#### Papierindustrie:

- KV-Löhne +1,6 Prozent ab 1.9.2020
- Neuer Mindestlohn: 1.734,48 Euro (Papierindustrie: 1.623,09 Euro)
- Ist-Löhne + 1,6 Prozent ab 1.9.2020
- 460 Euro einmalige „Corona-Zulage“ (Pappenindustrie: 200 Euro)
  - Lehrlinge 340 Euro (Pappenindustrie: 200 Euro).
  - bei hoher Belastung bis auf 760 Euro zu erhöhen
- Lehrlingsentschädigungen +1,6 Prozent ab 1.9.2020
- Reiseaufwandsentschädigung, Nachmittagszulage +1,6 Prozent ab 1.9.2020
- Nachtarbeitszulage +4,95 Prozent
- Geltungsbeginn: 1. Mai 2020
- Laufzeit: 12 Monate

#### Elektro-/Elektronikindustrie:

- KV-Löhne +1,6 Prozent
- Neuer Mindestlohn: 1.892,00 Euro
- Ist-Löhne +1,6 Prozent
- Lehrlingsentschädigungen +1,6 Prozent
- Nachtarbeitszulage & Zulage für die 3. Schicht +9 Prozent
- alle weiteren Zulagen +1,6 Prozent
- Aufwandsentschädigungen +1,6 Prozent
- Freizeitoption: 2 Stunden 40 Minuten monatlich/32 Stunden im Jahr
- 150 Euro „Corona-Zulage“: Auszahlung bis spätestens 30. September 2020
- Geltungstermin: 1. Mai 2020
- Laufzeit: 12 Monate

### ALLE KV-ABSCHLÜSSE DER PRO-GE: [WWW.LOHNRUNDEN.AT](http://WWW.LOHNRUNDEN.AT)

**Teigwarenindustrie:** KV-Löhne +2,3 Prozent, neuer Mindestlohn 1.556,44 Euro; Euromäßige Überzahlung bleibt in voller Höhe aufrecht

**Teigwarengewerbe:** KV-Löhne durchschnittlich +3,34 Prozent, neuer Mindestlohn 1.500,00 Euro

#### Ab 1. Februar:

**Elektrizitätsversorgungsunternehmen:** KV-Löhne +2,6 Prozent, neuer Mindestlohn 1.960,51 Euro; Ist-Löhne +2,6 Prozent; Lehrlingsentschädigungen +2,7 Prozent; Aufwandsentschädigungen +1,6 Prozent, Zulagen +2,6 Prozent, Kinderzulage 57,92 Euro, Überleitungsausgleiche +2,6 Prozent; Beschäftigung von Menschen mit Behinderung: jährliche Beratung zw. Unternehmensleitung, Behindertenvertrauensperson und Betriebsrat, Fortführung der Arbeitsgruppe Frauenförderung und der Arbeitsgruppe Schichtarbeit und Arbeiten unter erschwerten Bedingungen.

**Fruchtsaftindustrie:** KV-Löhne +2,15 Prozent, neuer Mindestlohn 1.708,25 Euro, überproportionale Erhöhung der Dienstalterszulagen

bis zu +14,8 Prozent; Lehrlingsentschädigungen +2,15 Prozent; Zehrgelder +2,15 Prozent; Begünstigungsklausel bleibt aufrecht

**Gewürzindustrie:** KV-Löhne durchschnittlich +2,33 Prozent, neuer Mindestlohn 1.595,36 Euro; Euromäßige Überzahlung bleibt aufrecht; Jubiläumsgeld kann in zusätzliche Freizeit umgewandelt werden

**Mineralölindustrie:** KV-Löhne +2,6 Prozent, neuer Mindestlohn 2.054,07 Euro, Vorrückungsbeträge +2,6 Prozent; Ist-Lohn +2,6 Prozent, Mindestlohn 70,00 Euro; Lehrlingsentschädigungen +2,6 Prozent; Zulagen und Trennungskostenentschädigungen +2,6 Prozent, Reisekosten- und Aufwandsentschädigungen +2,05 Prozent; verbesserter Überstundenzuschlag an Sonntagen, Änderung der Schichtzulage/Nachtarbeitszulage, Verbesserungen bei Dienstverhinderungen

#### Ab 1. März:

**Gewerkschaften:** KV-Löhne +2,15 Prozent, neuer Mindestlohn 1.544,89 Euro, Dienstalterszulagen +2,25 Prozent, Zehrgelder +2,0 Prozent; Überzahlungen bleiben in voller Höhe



# ICH BIN DIE JUGEND OHNE JOB.

10.000e Jugendliche sind durch die Corona-Krise ohne Jobs. Geben wir ihnen die Zukunft zurück.

**Schaffen wir Lehrstellen!**

[jugendohnejob.com](http://jugendohnejob.com)

Jugend ohne Arbeit

# Junge Menschen brauchen eine Perspektive

Die Situation am Lehrstellenmarkt ist dramatisch. Die PRO-GE Jugend will mehr Geld und Tempo von der Regierung bei den Maßnahmen, sonst wird die „Lost Generation“ Wirklichkeit.

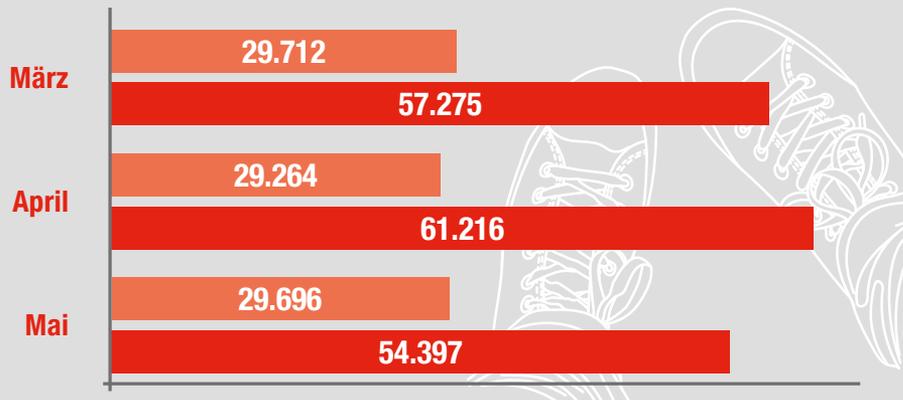
Die Auswirkungen des Corona-Lockdowns sind fatal – vor allem das Ansteigen der Arbeitslosigkeit bei gleichzeitiger Verringerung der offenen Stellen. Dieses Problem könnte sich im Herbst sogar noch massiv verschärfen. Besonders betroffen sind ältere Arbeitneh-

**Umfassendes Programm für Lehrlinge.** Rehberger fordert unter anderem einen Corona-Notausbildungsfonds von mindestens 140 Millionen Euro. Es sollen damit Betriebe unterstützt werden, die weiterhin Lehrlinge ausbilden. Vor allem Kleinunternehmen und mittelständische Betriebe sollen gefördert wer-



## Jugendarbeitslosigkeit verdoppelt

Arbeitslose unter 25: ■ 2019 ■ 2020



den, denn 42 Prozent aller Lehrlinge werden in der Sparte Handwerk und Gewerbe ausgebildet. „Bricht hier das Angebot an Lehrstellen noch weiter ein, wird es in wenigen Jahren zu einem eklatanten Fachkräftemangel kommen. Hier nicht gegenzusteuern ist nicht nur zum Schaden der Jugendlichen, sondern auch volkswirtschaftlich einfach dumm“, sagt Rehberger.

Neben dem Ausbildungsfonds fordert die PRO-GE Jugend auch eine Modernisierungsoffensive für die Berufsschulen und mehr Ausbildungsplätze im öffentlichen Dienst und im staatsnahen Bereich.

merInnen und junge Menschen, die heuer die Schulen verlassen. Schon im Mai war die Zahl der Lehrstellensuchenden doppelt so groß wie die der offenen Lehrstellen. Nun kommt ein ganzer Jahrgang hinzu. „Die Zeit wird knapp, die Bundesregierung muss jetzt handeln. Arbeitslosigkeit bedeutet für Jugendliche nicht nur Geldsorgen, sondern kann auch psychische Probleme nach sich ziehen. Wir wollen keine verlorene Generation, die von Perspektivlosigkeit geprägt ist“, sagt der Vorsitzende der PRO-GE Jugend, Josef Rehberger.

## Der Lehrstellenmarkt in Zahlen

Sofort verfügbare: ■ Lehrstellensuchende ■ Offene Lehrstellen

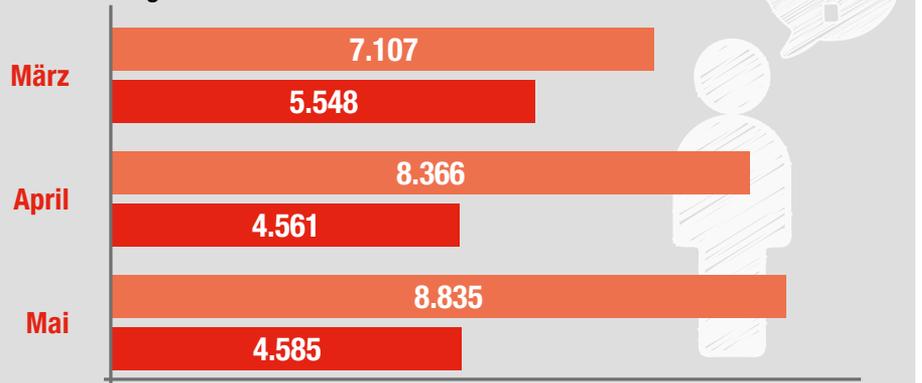




Foto: Fairtrade/Sean Hawkey

Welttag gegen Kinderarbeit

# Nur Lippenbekenntnisse gegen Ausbeutung im Kakaoanbau

Mehr als zwei Millionen Kinder arbeiten in der Elfenbeinküste und in Ghana in der Kakaoproduktion. Trotz der Versprechen der Unternehmen wird Kinderarbeit nicht weniger. Wachsende Armut ist der Hauptgrund.



Foto: Adobe Stock

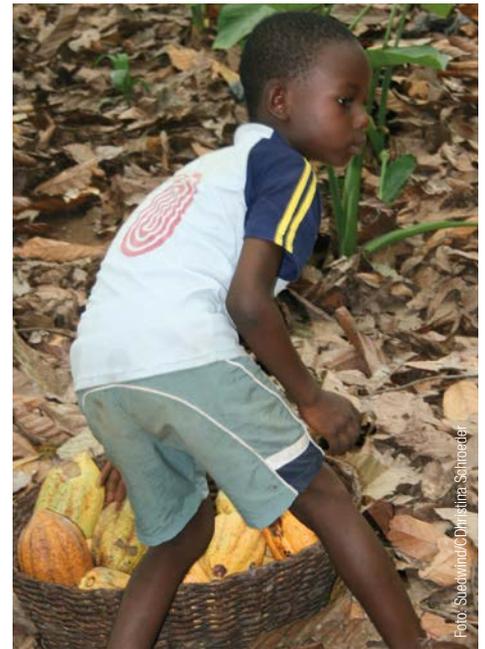
**2020** und noch immer kein Ende der Kinderarbeit im Kakaoanbau in Sicht: Ein Bericht der Universität von Chicago, der in den nächsten Wochen veröffentlicht wird, zeigt, dass Kinderarbeit auf den Kakaoplantagen in Ghana und der Elfenbeinküste sogar zunimmt. „Trotz ihres Versprechens im Harkin-Engel-Protokoll von 2001, die ausbeuterische Kinderarbeit bis 2020 um 70 Prozent zu reduzieren, geht die aktuelle Entwicklung in die andere Richtung“, kritisiert Gerhard Riess, Branchensekretär der PRO-GE, die großen Schokoladenkonzerne.

**Kinderarbeit weitverbreitet.** „2,26 Millionen Kinder in der Elfenbeinküste und in Ghana sind in der Kakaoproduktion tätig, Tendenz leider steigend. Der größte Teil von ihnen muss gefährliche Arbeiten verrichten: Sie schlagen Kakaoschoten mit Macheten auf, schleppen schwere Säcke oder verspritzen Pestizide, oft in langen Schichten“, klärt Gudrun Glocker, Mitarbeiterin der entwicklungspolitischen Organisation Südwind, über die Situation der Kinder im Kakaoanbau auf. Die Gründe dafür liegen auf der Hand. Kakaobäuerinnen und -bauern in Westafrika verdienen oft weniger als zwei Euro pro Tag. Armut ist Hauptursache für Kinderarbeit. Auch die UNICEF warnte erst kürzlich, dass die Verbreitung von Kinderarbeit mit zunehmender globaler Armut steigen könnte.

**Schokoladenkonzerne am Zug.** Gleichzeitig wächst weltweit die Nachfrage nach Kakao. Aber selbst von besseren Marktpreisen profitieren die Kleinbetriebe nicht. Denn ihre Ernte geht meist an internationale Händler oder Regierungen. Sie selbst erhalten nur einen Bruchteil des Preises, für den ein Schokoladenriegel letztendlich verkauft wird. „Armut als Hauptgrund für Kinderarbeit bleibt so weiterbestehen. Es braucht mehr Initiativen, die den Familien eine nachhaltige Verän-

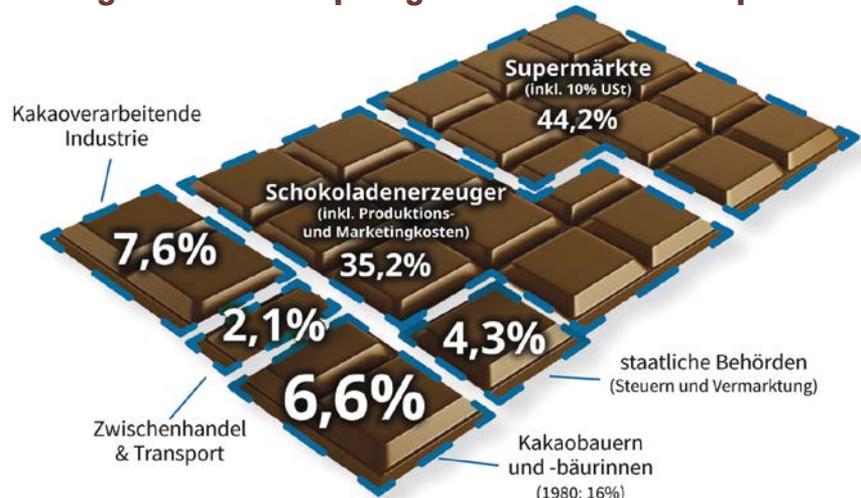
derung ermöglichen und sicherstellen, dass die Kinder zur Schule gehen können“, sagt Riess. Gefordert im Kampf gegen Kinderarbeit sind vor allem die Schokoladenkonzerne. „Als dominierende Marktteilnehmer haben sie sowohl die Macht als auch die Verantwortung für die Einhaltung der Menschenrechte und menschenwürdige Arbeitsbedingungen in der Kakao- und Schokoladenproduktion zu sorgen“, fordern Riess und Glocker unisono. „Nach zwei Jahrzehnten voller Versprechen ist es längst überfällig, das Verbot der Kinderarbeit uneingeschränkt durchzusetzen.“

**Steigender Umsatz bei Fair Trade.** Gerade der Welttag gegen Kinderarbeit sollte auch daran erinnern: Schokolade essen ist auch eine moralische Frage. Erfreulich



ist in diesem Zusammenhang, dass der Umsatz von Fair-Trade-Produkten in Österreich steigt. Verantwortlich dafür sind vor allem Schokolade und Süßwaren, die 40 Prozent des Umsatzes ausmachen.

### Verteilung der Wertschöpfung in der Schokoladenproduktion



Grafik: Südwind

#### Was können KonsumentInnen tun?

KonsumentInnen, die sichergehen möchten, dass ihre Schokolade nicht aus Kinderhänden stammt, können Folgendes beachten:

- **Unabhängig zertifizierte Schokolade kaufen:** Nur bei Kakao mit Fair-Trade-Siegel bekommen die KakaobäuerInnen einen garantierten besseren Mindestpreis und eine Prämie, Kinderarbeit ist verboten. Die Bio-Zertifizierung hilft zusätzlich der Gesundheit der Kleinbauern und -bäuerinnen und KonsumentInnen sowie der Umwelt. Auch das UTZ-Siegel sichert Mindeststandards im Kakaoanbau.
- **Teuer ist nicht unbedingt besser:** Der Verkaufspreis sagt nichts darüber aus, ob in der Produktionskette Kinderarbeit vorgekommen ist. Teure Schokolade ohne Zertifikat ist hier nicht besser als billigere.
- **Verzicht ist keine Lösung, Nachfragen hilft:** Keine Schokolade zu kaufen hilft den Kakaobauern und -bäuerinnen nicht. Besser ist, bei den Herstellern nachzufragen und eine Herstellung ohne Kinderarbeit einzufordern.



Corona-Kurzarbeit

# Arbeitsplatzsicherung für mehr als 1,4 Millionen Beschäftigte

**Die Sozialpartner haben in der Corona-Krise schnell reagiert und ein neues Kurzarbeitsmodell geschaffen. Das Ziel: so viele Menschen wie möglich in Beschäftigung halten.**

Die Kurzarbeit hat sich schon bei der Bewältigung der Wirtschaftskrise 2008/09 bewährt, für die aktuelle Situation haben die Sozialpartner und das Arbeitsmarktservice noch ein eigenes, maßgeschneidertes Modell bereitgestellt. Die Arbeitszeit kann dabei kurzfristig sogar komplett entfallen. Der Arbeitgeber kommt für die tatsächlich geleisteten Stunden auf, das AMS übernimmt dann die Kosten, um dem/der Beschäftigten 80 bis 90 Prozent des bisherigen Lohnes auszuzahlen. Corona-Kurzarbeit kann für drei Monate beantragt werden, bei Bedarf kann um weitere drei Monate verlängert werden.

**Kaufkraft erhalten.** Der/Die einzelne ArbeitnehmerIn ist damit vier Monate (bei Verlängerung bis zu acht Monate) vor dem Verlust des Arbeitsplatzes geschützt. Mit 80 bis 90 Prozent ist die Ersatzrate auch deutlich höher als beim Arbeitslosengeld mit 55 Prozent (die PRO-GE fordert übrigens eine Erhöhung auf 70 Prozent). Das ist für die/den Einzelne/n wichtig, aber auch gesamtwirtschaftlich von größter Bedeutung. Schließlich geht es um den Erhalt der Kaufkraft, um die einbrechende Konjunktur abzufangen und die Wirtschaft möglichst schnell wieder steigern zu können.

**Auch für LeiharbeiterInnen.** Als Erstes bekamen einmal mehr die LeiharbeiterInnen die Krise zu spüren. Über 17.000 überlassene Arbeitskräfte wurden Corona-bedingt gekündigt. Dabei ist auch für Zeitarbeiter Kurzarbeit möglich. Die PRO-GE achtet deshalb genau darauf, dass LeiharbeiterInnen bei Kurzarbeit im Beschäftigerbetrieb miteinbezogen

werden. Aber auch die Arbeitskräfteüberlasser selbst können Kurzarbeit beantragen, wie es beispielsweise die Firma TTI aus Oberösterreich getan und damit 2.500 Leiharbeitskräften ihre Beschäftigung gesichert hat.

**Corona-Kurzarbeit II seit 1. Juni.** Mehr als 1,4 Millionen Beschäftigte waren Anfang Juni zur Kurzarbeit gemeldet, davon 415.000 aus den Branchen der PRO-GE. Mit der seit 1. Juni geltenden „Corona-Kurzarbeit II“ haben sich die Sozialpartner auf eine Neuregelung geeinigt, die mehr Rechtssicherheit für ArbeitnehmerInnen bringt: So ist Arbeit auf Abruf dezidiert verboten, Arbeitgeber müssen mindestens drei Tage im Voraus bekannt geben, wenn längere Arbeitszeiten benötigen werden, und es wird sichergestellt, dass die tatsächlich geleistete Arbeit auch bezahlt wird. Lehrlingen steht jetzt beim Wechsel des Lehrjahres oder bei erfolgreicher Lehrabschlussprüfung auch in der Kurzarbeit eine höhere Lehrlingsentschädigung beziehungsweise mehr Lohn zu.

Nicht nur in Österreich

# Ganz Europa setzt auf Kurzarbeit

**In den meisten europäischen Ländern hat sich Kurzarbeit zur Bewältigung der Corona-Krise durchgesetzt. Das berichtet das Europäische Gewerkschaftsinstitut in einer aktuellen Studie und stellt auch gleich Kriterien für faire Mindeststandards auf.**

**LINKTIPP:**

Europäisches Gewerkschaftsinstitut:  
[etui.org](http://etui.org)

**Ende** April hatten Unternehmen in der EU, in Großbritannien und der Schweiz für rund 50 Millionen Beschäftigte Kurzarbeit beantragt. Dies entspricht knapp 27 Prozent aller Beschäftigten, so das Ergebnis einer neuen gemeinsamen Studie des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung und des Europäischen Gewerkschaftsinstituts (ETUI) in Brüssel. Am stärksten betroffen waren ArbeitnehmerInnen in Frankreich (11,3 Millionen), Deutschland (10,1 Millionen), Italien (8,3 Millionen) und Großbritannien (7,9 Millionen). Gemessen an der Beschäftigtenzahl hatte die Schweiz mit 48,1 Prozent den höchsten Anteil, gefolgt von Frankreich (47,8 Prozent) und Italien (46,6 Prozent). Österreich liegt mit 31,6 Prozent an siebenter Stelle, Deutschland kommt auf etwas mehr als ein Viertel (27 Prozent).

**Der Vergleich macht sicher: Kurzarbeit wirkt.** In fast allen EU-Staaten existieren Programme zur Kurzarbeit oder Ähnliches. Viele Länder haben nach der Wirtschaftskrise 2009 Möglichkeiten zur Kurzarbeit neu eingeführt und nun für die Corona-Krise teilweise stark ausgeweitet. Wie wichtig die Kurzarbeit als ein Instrument zur Krisenbewältigung sei, zeigt nach Ansicht der Studienautoren der Vergleich mit den USA, wo kaum

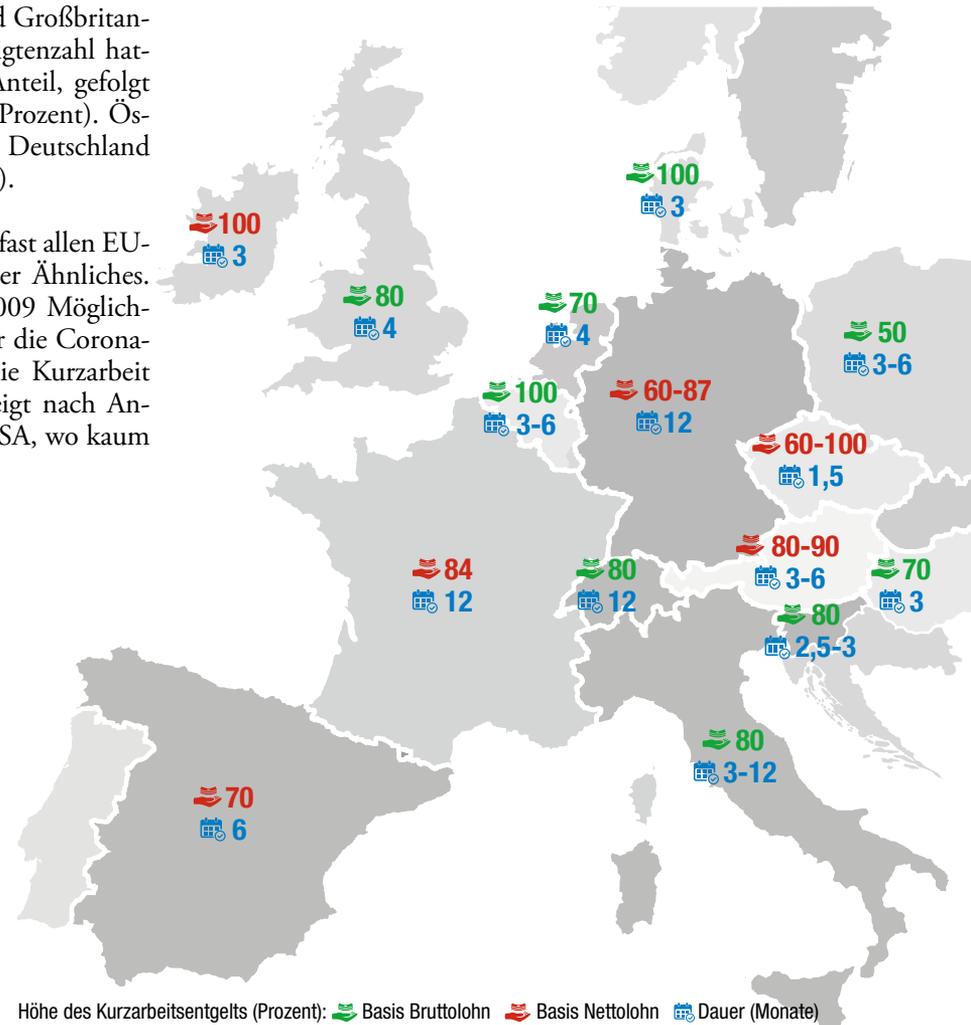
Kurzarbeitsregelungen genutzt werden und mehr als 33 Millionen Menschen ihren Arbeitsplatz verloren haben. Umso wichtiger sei die finanzielle Unterstützung von Kurzarbeit, für die die EU-Kommission in ihrem „SURE“-Programm den Mitgliedstaaten günstige Kredite in Höhe von 100 Milliarden Euro zur Verfügung stellt.

**Unterschiedliche Ansätze: Wie viel und wie lange?** Die nationalen Regelungen weisen im Hinblick auf Höhe und Dauer des Kurzarbeitsentgelts deutliche Unterschiede auf. So reicht die Höhe, gemessen am ausgefallenen Entgelt, von 50 Prozent in Polen bis zu 100 Prozent in den Niederlanden, Dänemark oder Irland. Die Dauer der Zahlungen variiert zwischen zwei Wochen in Rumänien bis zu 13 Monaten in Finnland. Oft sind Kurzarbeitende mit finanziellen Einbußen konfrontiert. Daher wird, wie in Deutschland, das Kurzarbeitsentgelt durch Tarifvertrag aufgestockt. In Schweden, Dänemark und Frankreich existieren auch strikte Auflagen für Unternehmen, die Kurzarbeit beantragen. Sie dürfen keine Dividenden ausschütten, Aktienrückkäufe tätigen bzw. übermäßige Managerboni auszahlen.

**Kriterien für faire Kurzarbeit**

Auf Basis der aus der Studie gewonnenen Erkenntnisse formulieren die Forscher Mindeststandards für faire und existenzsichernde Kurzarbeitsregelungen. Hierzu gehören u. a.:

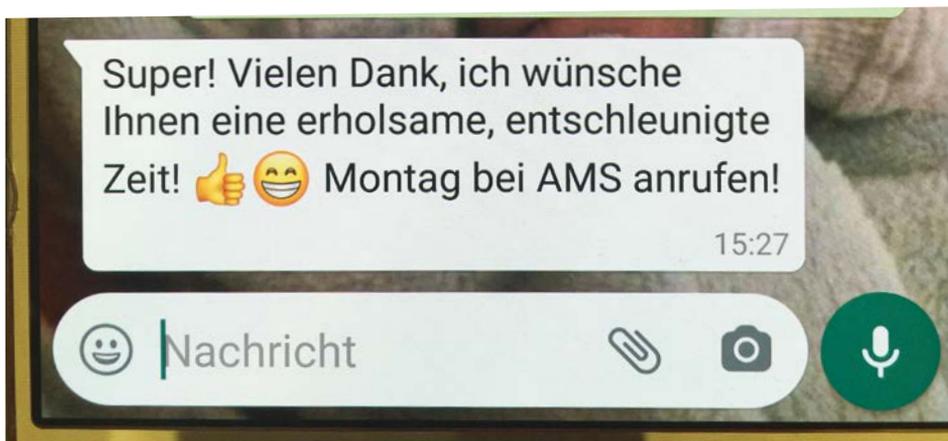
- Anspruch auf Kurzarbeitsgeld für alle Beschäftigten ausnahmslos auch über die Zeit der Corona-Krise hinaus ermöglichen;
- ein Kurzarbeitsentgelt, das mindestens 80 Prozent des entgangenen Nettoeinkommens ersetzt;
- ein Kündigungsschutz, der über die Zeit der Kurzarbeit hinausreicht;
- Mitbestimmung von Gewerkschaften und Betriebsräten bei der konkreten Umsetzung der Kurzarbeit.



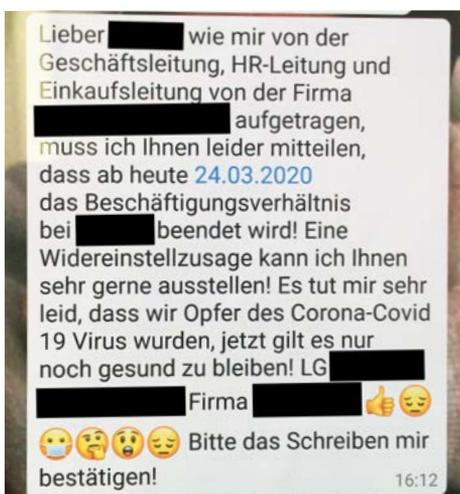
Missbrauch von „eivernehmlichen Auflösungen“ in der Arbeitskräfteüberlassung

# „Rausschmiss“ per WhatsApp

Indem LeiharbeiterInnen zu einer einvernehmlichen Auflösung gedrängt werden, erspart sich der Arbeitgeber praktisch alle arbeitsrechtlichen Ansprüche, die bei einer einseitigen Kündigung entstehen würden. In einem besonders dreisten Fall wurde das Arbeitsverhältnis eines Salzburger Leiharbeiters sogar per WhatsApp aufgelöst.



„Wir sind gerade von Leiharbeitsfirmen einiges gewohnt, aber mit dieser Geschichte wurde ein neuer Tiefpunkt erreicht“, ärgert sich Daniel Mühlberger, Salzburger Landessekretär der PRO-GE. Konkret wurde dem Leiharbeiter von seinem Arbeitgeber am 24. März per WhatsApp-Nachricht mitgeteilt, dass der Beschäftigterbetrieb die Überlassung mit diesem Tag beendet hat. Mitgeschickt wurde ein Foto mit einem Schreiben zur Beendigung des Dienstverhältnisses mit der Bitte, dieses zu bestätigen – „Austrittsgrund: Einverständliche Lösung“ (sic!).



## Korrekte Auflösung gar nicht eingeplant.

Am Schluss wünscht der Firmenvertreter „eine erholsame, entschleunigte Zeit“ – mit Daumen-rauf- und Grinse-Emojis und dem Hinweis, am Montag gleich beim AMS anzurufen. „Zynischer geht es kaum mehr, da verschlägt es einem einfach die Sprache“, sagt Mühlberger. „Das zeigt sehr deutlich, dass mindestens in dieser Leiharbeitsfirma eine normale Kündigung oder gar ein Weiterbestehen des Arbeitsverhältnisses auch in der überlassungsfreien Zeit, wie es in Kollektivvertrag und Arbeitskräfteüberlassungsgesetz eigentlich vorgesehen ist, noch nicht einmal in Betracht gezogen wird.“

## Stehzeiten sind zu bezahlen.

Die sogenannten Stehzeiten sind zwangsläufig Teil des Geschäftsmodells Arbeitskräfteüberlassung und grundsätzlich vom Arbeitgeber zu tragen. Der Kollektivvertrag Arbeitskräfteüberlassung regelt daher auch, dass aufgrund der Beendigung einer Überlassung gerade nicht gekündigt werden darf. Die Stehzeit kann auch mithilfe des Sozial- und Weiterbildungsfonds für Qualifizierungsmaßnahmen genutzt werden. Aktuell steht die Corona-Kurzarbeit auch für Arbeitskräfteüberlasser zur Verfügung. Trotzdem „parken“ viele Leiharbeitsfirmen ihre Beschäftigten lieber beim Arbeitsmarktservice.

## Profit auf Kosten der Beschäftigten.

„Nicht genug, dass sie damit die Kosten für die Stehzeit der Allgemeinheit umhängen, bringen sie mittels angeblich ‚eivernehmlicher‘ Auflösung auch noch den Arbeitnehmer um seine Kündigungsansprüche“, kritisiert Mühlberger. Diese belaufen sich schnell einmal auf einen Monatslohn und mehr. Vielen überlassenen Arbeitskräften sind die rechtlichen Unterschiede kaum bewusst. „Gerne wird auch eine Wiedereinstellung versprochen, sobald sich eine Möglichkeit ergibt. Dass eine Weigerung, die ‚Eivernehmliche‘ zu unterschreiben, die Chancen nicht verbessert, muss dann eigentlich gar nicht mehr dazugesagt werden.“

## Statt unterschreiben Gewerkschaft kontaktieren!

„Die PRO-GE kritisiert diesen Missbrauch seit einer gefühlten Ewigkeit“, sagt Mühlberger. Rechtlich sei dem Problem aber kaum beizukommen, sobald die einvernehmliche Auflösung einmal unterschrieben ist. Einmal mehr wiederholt der PRO-GE Landessekretär daher den Appell an alle Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter: „Wenn eine einvernehmliche Auflösung vorgelegt wird, nicht unterschreiben, sondern so rasch als möglich bei der PRO-GE melden!“



PRO-GE Frauen

# Kampf für existenzsichernde Einkommen & Pensionen

**Die Corona-Krise trifft Frauen besonders hart. Die PRO-GE Frauen fordern konkrete Maßnahmen zur Unterstützung und für mehr Chancen in der Zukunft.**

**Allein** im März und April haben rund 106.000 Frauen in Österreich ihre Arbeit verloren. Sie trifft die Arbeitsmarktkrise doppelt, zumal das geringere Einkommen durch die hohe Teilzeitquote nun auch das Arbeitslosengeld spürbar senkt. Auch bei den vielen geringfügig Beschäftigten verschärft sich die Situation zunehmend, da weder ein Anspruch auf Arbeitslosengeld besteht, noch eine Unterstützung aus den Härtefall-Töpfen beantragt werden kann.

**Doppelt- und Dreifachbelastung.** Für jene Frauen, die weitergearbeitet haben, verschärfte der Corona-Lockdown die Betreuungsverpflichtungen. Durch die wochenlange Schließung der Schulen und Kindergärten mussten in der Mehrheit Frauen das Unmögliche schaffen: Haus- und Betreuungsarbeit, den Schulplan mit den Kindern abarbeiten, ihre Arbeit entweder im Homeoffice erledigen oder ihre Arbeitsschichten in einem nun in der Corona-Krise zum „systemrelevant geadelten“ Beruf antreten. „Die ‚großzügig‘ von der Regierung verordnete Sonderbetreuungszeit bleibt für viele Betroffene nur ein Wunschdenken“, kritisiert Bundesfrauenvorsitzende Klaudia Frießen. Auch habe der weiterhin fehlende Anspruch von schwangeren Arbeitnehmerinnen für eine bezahlte, vorzeitige Freistellung die Sorgen und Ängste erhöht. Einige Unternehmen hätten sogar versucht, das Dienstverhältnis von Schwangeren einvernehmlich aufzulösen. Die betroffenen Frauen wären dann um ihre Ansprüche umgefallen, berichtet Frießen aus den Rechtsberatungen.

**Nicht die Frauen die Krise bezahlen lassen.** „Ohne Frauen hätte die Gesellschaft in der Krise nicht funktioniert. Berufe, die bisher gering geschätzt wurden, wurden plötzlich systemrelevant. Daher darf es nicht sein, dass Frauen die Krise bezahlen“, betont Frießen und nennt zum Beispiel das Herausdrängen von Frauen aus dem Arbeitsmarkt bzw. das Zurückdrängen in den häuslichen Bereich. „Wir müssen besonders darauf achten, dass in den künftigen Konjunkturpaketen Frauen nicht zu kurz kommen. Für Frauen geht es um die Chance, ein existenzsicherndes, gleichberechtigtes und selbstbestimmtes Leben zu haben.“ Dies betrifft auch die soziale Absicherung von Frauen in der Pension. Bereits vor der Krise haben sich die PRO-GE Frauen mit der Kampagne #bestof15 positioniert und die negativen Auswirkungen der Lebensdurchrechnung kritisiert.

## Die Forderungen der PRO-GE Frauen:

- Ausbau öffentlicher, qualitativ hochwertiger und leistbarer Infrastruktur für Pflege, Gesundheit, Bildung
- Rechtsanspruch auf einen Kinderbetreuungsplatz ab dem 1. Lebensjahr sowie Ausbau von Ganztagschulen
- Anhebung der Kollektivvertragslöhne auf 1.700 Euro brutto
- Erhöhung des Arbeitslosengeldes auf 70 % und Verlängerung der Bezugsdauer
- Zugang für geringfügig Beschäftigte in den Corona-Familienhärtefallfonds
- Familienbonus in der Höhe von 1.500 Euro für jedes Kind, unabhängig vom Einkommen der Eltern
- Wiedereinführung des 50-Prozent-Ziels für Frauen im Rahmen des arbeitsmarktpolitischen Förderbudgets
- Höherbewertung der Kindererziehungs- und Pflegezeiten für die Pension
- Maßnahmen, um den Gender Pay Gap im aktiven Erwerbsleben zu verringern und in der Pension auszugleichen
- Einen Rechtsanspruch auf Erhöhung des Beschäftigungsausmaßes, wenn dies betrieblich möglich ist
- Arbeitszeitverkürzung, auch als Beitrag zur gerechten Aufteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit

2020

# Sommer in Gastein

Verbringen Sie unvergessliche Urlaubstage

## im Hotel Bad Hofgastein

**Preise** für PRO-GE Mitglieder  
pro Nacht inklusive Halbpension

PRO-GE Erwachsene	€ 76,00
Jugendliche 15-17 Jahre	€ 47,50
Kinder 6-14 Jahre	€ 29,00

Preise exkl. Nächtigungsabgabe

### Freie Termine

26. Juni bis 4. Juli

4. Juli bis 11. Juli

11. Juli bis 15. Juli

17. Juli bis 20. Juli

22. Juli bis 26. Juli

Gerne auch tageweise buchbar!

### Tipp: Kururlaub im Dezember 2020

Das Hotel Bad Hofgastein ist  
dieses Jahr bis zum  
**20. Dezember** geöffnet!

Buchungen in der Zeit ab 04. Dezember bis  
20. Dezember 2020 sind sehr gerne möglich!



### Ein abwechslungsreiches Erlebnis für Familien, Abenteurer und Outdoor Fans:

Anspruchsvolle Bergtouren, gemütliche Wanderungen oder erlebnisreiche Fahrten mit den Gasteiner Bergbahnen. Gemütliche Badetage in der Alpentherme mit den einzigartigen Thermalwasserbadeseen runden das Angebot ab.

Die Gratisbenützung der Alpentherme Gastein beginnt mit der Entgegennahme des Zimmerschlüssels ab 15:00 Uhr und endet am Vorabend des Abreisetages zu Betriebsschluss der Alpentherme. Kinder vor dem 6. Geburtstag logieren frei im Zimmer der Eltern. Aufzahlung Halbpension für Kinder 4 - 5 Jahre € 11,00 pro Nacht. Aufzahlung für Einzelpersonen im Doppel- bzw. Mehrbettzimmer € 14,00 pro Nacht. Aufzahlung für Kinder und Jugendliche im eigenen Zimmer € 14,00 pro Nacht.

**Anmeldung:** PRO-GE Urlaub & Seminar GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1,  
Telefax (01) 53 444-103211, E-Mail: [urlaub@proge.at](mailto:urlaub@proge.at), [www.proge-urlaub.at](http://www.proge-urlaub.at)

**Reservierung & Information:** Telefon (01) 53 444-69707 DW

# Preisrätsel

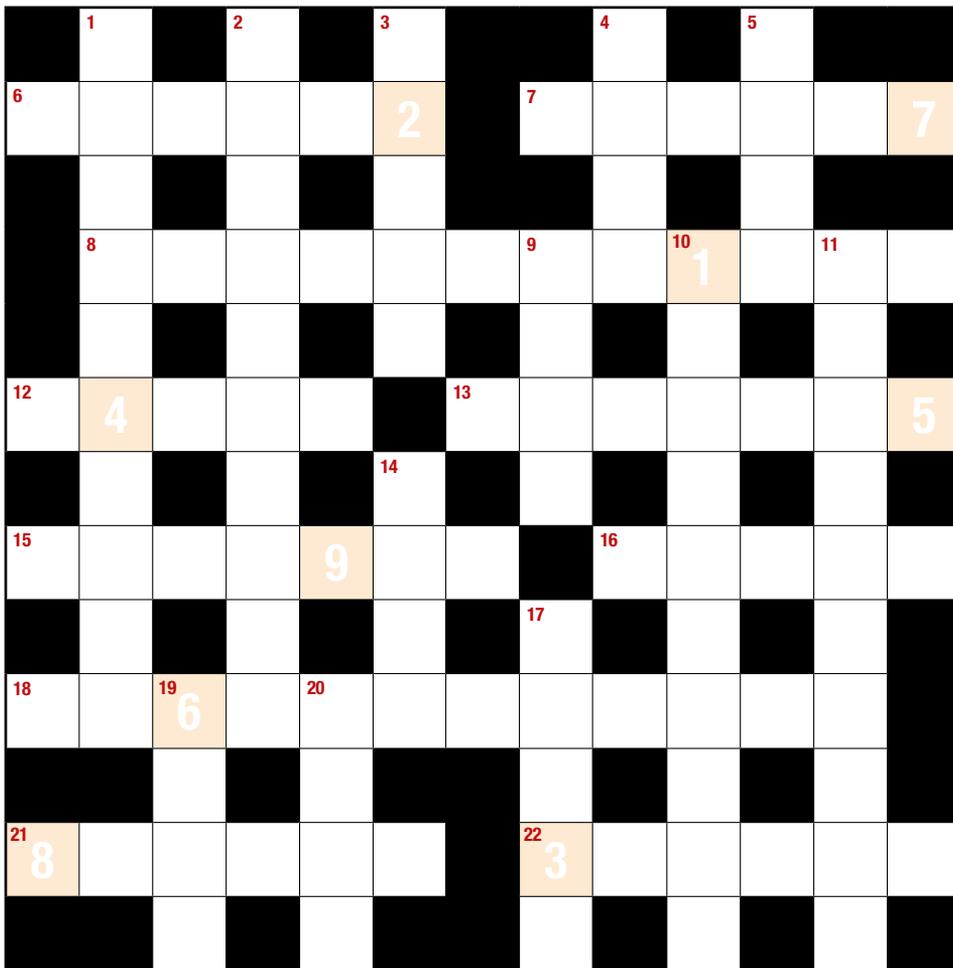


Zu gewinnen gibt es

**3x1 Buch**

**„102 grüne Karten zur Rettung der Welt“**

**HINWEIS: Die Buchstaben in den unterlegten Feldern ergeben aneinandergereiht ein erhaltenswertes Lösungswort.**



Schicke das Lösungswort mit **Namen, Mitgliedsnummer und Adresse** bis 10. August 2020 an **PRO-GE**, Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien (bitte ausreichend frankieren) oder per Mail an [glueckauf@proge.at](mailto:glueckauf@proge.at)

## Waagrecht:

- 6 Die Hauptstadt des Balsamico lässt anfangs mehr an Fashion denken
- 7 Königs Kopfbedeckung wurde heuer zum Vor-Wort für die Krise ... (siehe S. 5)
- 8 ... was manche so horrormäßig fanden – zum Fürchten!
- 12 Worauf sie in Hallstatt einstmals bauten(!): Stamm, zum Stock geworden (Ez.)
- 13 Mitte März wird der Heilige in ganz Irland über den grünen Klee gelobt
- 15 Für Geodäten sind die Zeiteinheiten ein Winkelmaß (Mz.)
- 16 Zur Gastro-Sperrstunde: „Statt im Wirtshaus, isst zu Hause/ man mittags, abends und zur –“
- 18 Laut Rezept: Was bei anderen zum Textfehler führt, tut die Ärztin ganz richtig
- 21 Für wen war der Lockdown oftmals doppelt belastend? (siehe S. 21)
- 22 Ein solches Beisel wär passend fürs Mammutessen von Familie Feuerstein

## Senkrecht:

- 1 Arbeitsplatz am Küchentisch, in feiner englischer Art beschrieben (siehe S. 21)
- 2 Ein Wort für Siegel, Stöpsel, Schnalle – die Sache für den Geheimakt!
- 3 Aufforderung, sich zu vergrößern? Weich wie Kerzenlichtstoff!
- 4 Schweinisches à la française
- 5 Schöner klingt sie musikal-/isch als eine Zeugnis-Zahl
- 9 Wofür sich der Sonnenkönig hielt – womit der Staat hauszuhalten hat
- 10 Hier ist eine sozialpartnerschaftliche Lösung für die 7-waagrecht-Krise gefragt (siehe S. 18)
- 11 Der verzogene Empfänger verlangt das von und für seine Post
- 14 Einer der Skiorte mit viralem Bekanntheitsgrad
- 17 Was sind 45 Jahre? Ausreichend Antwort gibt's auf S. 6!
- 19 Ein wirklich(!) königliches Fußballteam aus Madrid
- 20 Die Popikone hatte zuletzt im Film einen Großmamma-mia-Auftritt

Rätsel: Vera Ribarič

**LÖSUNGSWORT** aus der vorigen Ausgabe **GLÜCK AUF!: TEAMGEIST**

**Der Gewinner aus der Ausgabe 1/2020 GLÜCK AUF!**

Josef Krautsack / 7531 Kemetzen



Ein Ersuchen des Verlages an die/den Briefträger/in:

Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können, teilen Sie uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls die neue oder richtige Anschrift mit

\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_  
Straße/Gasse / Haus-Nr. / Stiege/ Stock/ Tür  
\_\_\_\_\_  
Postleitzahl / Ort

Besten Dank

## DEIN VORTEIL: **UNSERE LEISTUNGEN**

### Davon profitieren unsere Mitglieder

- Sicherheit und Lohnerhöhungen durch Kollektivverträge
- Rechtsberatung, Rechtsschutz und kostenlose Vertretung vor Gericht (Arbeitsrecht)
- Gewerkschaftliche Arbeitslosenunterstützung
- Berufshaftpflicht- und Berufsrechtsschutzversicherung
- Freizeitunfallversicherung, Unfallspitalgeld und Begräbniskostenbeitrag
- ÖGB-Fonds für in Notlage geratene Mitglieder (Katastrophenfonds, Karl-Maisel-Fonds, Anton-Proksch-Fonds)
- Kursunterstützungen
- Gewerkschaftliche Soforthilfe für LeiharbeiterInnen
- Günstige Urlaubsangebote in unseren Urlaubshäusern in Kärnten und Salzburg
- Aktionspreise und Ermäßigungen bei über 1.500 PRO-GE und ÖGB-VertragspartnerInnen

[www.proge.at/vorteile](http://www.proge.at/vorteile)

